

EINBLICKE

CDU-FRAKTION IM STADTRAT DRESDEN

WWW.DRESDEN-CDU.DE

Politik gegen die Vernunft und den Bürgerwillen CDU-Stadtrat sieht durch WiD-Projekt den sozialen Frieden gefährdet

VON STADTRAT

DR. HANS-JOACHIM BRAUNS



Die CDU hatte von Anfang an ein offenes Ohr für die Einwände der Bürgerinnen und Bürger gegen das Bauvorhaben der WiD auf der Florian-

Geyer-Straße. Weil wir die vorgebrachten Bedenken teilen, haben wir auch die eingereichte Petition aktiv unterstützt. Auf unsere Initiative hin wurde das Bürgeranliegen im Petitionsausschuss zur Beratung in die Stadtratsgremien überwiesen. Die sehr kontroversen Diskussionen, die in den Ausschüssen folgten, zeigten vor allem eines: Rot-Rot-Grün will wider jede stadtplanerische Vernunft und gegen den ausdrücklichen Willen der Bürger ein politisches Leuchtturmprojekt durchdrücken, das aus unserer Sicht den sozialen Frieden in der Johannstadt gefährdet.

Selbst die Umweltbürgermeisterin von den Grünen hielt dem Druck aus den eigenen politischen Reihen nicht stand.

Obwohl das Umweltamt offenbar erhebliche Bedenken gegen das Vorhaben hat, hält sie eine Bebauung in der angedachten Dimension für genehmigungsfähig. Das ist aus meiner Sicht eine sachlich nicht zu begründende, vielmehr politisch motivierte Haltung zum Nachteil der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger.

Das Gutachten stellt eindeutig fest, dass der Bereich aufgrund seiner Bebauungsstruktur bereits jetzt Überwärmungsraten aufweist und sich ein Neubau sehr nachteilig auf die bioklimatischen Bedingungen auswirken wird. Ähnlich verhält es sich mit der Geräuschbelastung. Die wird selbstverständlich zunehmen, wenn deutlich mehr Menschen als bisher auf engem Raum zusammenleben. Die geforderten Auflagen werden den Bau ohnehin stark verteuern.

Für mich zählen die negativen sozialen Effekte allerdings nach wie vor zu den Hauptgründen, die gegen eine derart massive und unverhältnismäßige Nachverdichtung des Stadtquartiers sprechen.

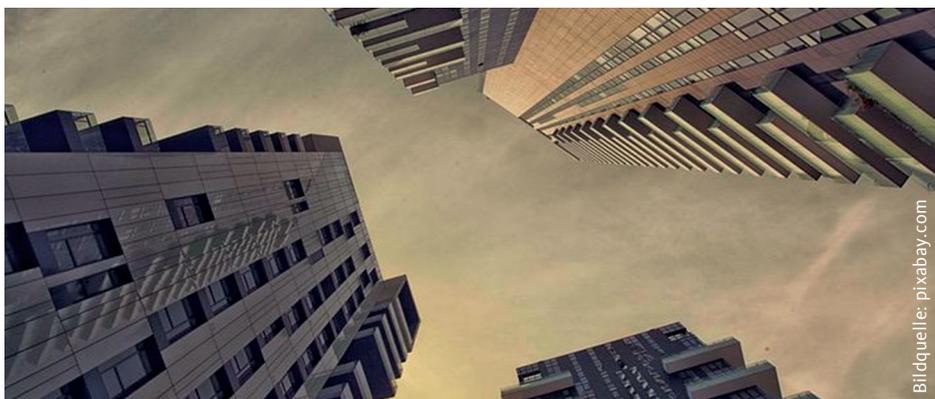
Wir brauchen in unserer Stadt eine gute Durchmischung verschiedener sozialer Schichten. Denn leider lehrt uns die Erfahrung, dass aus einer starken Konzentration von Sozialwohnungen negative Konsequenzen für Ordnung, Sicherheit und Lebensqualität erwachsen können, bis hin zur Ghettoisierung ganzer Stadtquartiere. Das ist nicht unsere Politik!

Der Ausschuss für Soziales und Wohnen ist unserer Argumentation auch mehrheitlich gefolgt und hat der Petition stattgegeben. Dass sich der WiD-Geschäftsführer Steffen Jäckel angesichts der verfehlten Wohnbaupolitik von Rot-Rot-Grün nicht anders zu helfen weiß, als die Bedenken der Bürger einfach vom Tisch zu wischen, ist ein Armutszeugnis.

Dass am Ende im Petitionsausschuss die Front der rot-rot-grünen Stadtratsmehrheit bröckelte und die SPD mit uns gegen einen Hochhausbau stimmte, zeigte deutlich: Guten Argumenten kann man sich nicht dauerhaft verwehren.

Wir werden weiter für das Anliegen kämpfen und auch im Stadtrat entsprechend Farbe bekennen. Kommunaler Wohnungsbau ist wichtig, aber er muss auf gewachsene soziale und städtebauliche Strukturen Rücksicht nehmen. Im geplanten Umfang sehen wir dafür in der Johannstadt keine Chance.

Dr. Hans-Joachim Brauns, Sprecher
Allg. Verwaltung, Ordnung und Sicherheit
brauns@dresden-cdu.de



Wohnungsbau neu denken

CDU-Politiker wirbt für einen Kurswechsel in der Wohnbaupolitik

VON STADTRAT INGO FLEMMING



Die Stadtverwaltung geht mittlerweile davon aus, dass der „brauchbare“, unmittelbar vermietbare Leerstand bei inzwischen unter 2% liegt.

Wir haben im Wohnungsbau also erheblichen Handlungsbedarf.

Die Wirksamkeit der rot-rot-grünen Wohnbaupolitik sehe ich hingegen skeptisch. Seit Jahren macht RRG den Bürgern Versprechungen. Passiert ist bisher nicht viel und vor Ende 2019 wird keine einzige Sozialwohnung fertiggestellt sein. Auf der anderen Seite werden Investoren gegängelt und mit Auflagen bedacht. Eine investorenfreundliche Politik sieht anders aus.

Daher plädiere ich für eine neue wirkungsvolle Wohnbaustrategie, die allen Teilen der Bevölkerung zu Gute kommt und nicht nur für eine überschaubare Bedarfsgruppe mit Wohnberechtigungsschein. Denn der soziale Wohnungsbau allein kann den großen Bedarf, den wir in der Breite haben, nicht decken. Dazu gehören zum Beispiel die Ausweisung von Bauflächen, die Unterstützung privater Bauherren, die Förderung der Wohnungsgenossenschaften und etliches mehr. Zwar können wir die verfehlte rot-rot-grüne Wohnbaupolitik der vergangenen Jahre nicht rückgängig machen. Es ist jedoch nicht zu spät zum Umsteuern: Was Dresden dringend braucht, sind belastbare und wirksame Antworten auf die Herausforderungen eines an sich erfreulichen Wachstums unserer Stadt.



Bildquelle: pixabay.com

↳ Ingo Flemming, wohnungspolit. Sprecher
flemming@dresden-cdu.de

Schlicht eine Frage der Glaubwürdigkeit

CDU-Stadträtin Angela Malberg mahnt zu mehr Ehrlichkeit in der WiD-Debatte

VON STADTRÄTIN ANGELA MALBERG



Die Äußerungen des WiD-Geschäftsführers Steffen Jäckel, man baue Sozialwohnungen in erster Linie für Familien und ältere Menschen – und ausdrücklich nicht für Migranten, haben mich befremdet. Wir alle wissen, dass es sich bei einem ganz erheblichen Anteil der Dresdner mit Wohnberechtigungsscheinen um anerkannte Flüchtlinge handelt.

Nach Auskunft des Oberbürgermeisters auf unsere Anfrage hin haben im Jahr 2016 genau 978 Deutsche Staats-

bürger und 1.602 anerkannte Flüchtlinge Wohnberechtigungsscheine erhalten. In Jahr 2017 waren es 918 deutsche Staatsbürger gegenüber 1.177 anerkannten Flüchtlingen. Das sind Zahlen, die wir bei der Gesamtabwägung von sozialen Wohnbauvorhaben gerade in Stadtteilen mit hoher Baudichte oder sogenannten „Problemvierteln“ berücksichtigen müssen, um möglichen negativen Effekten vorzubeugen.

Für mich ist es schlicht eine Frage der Glaubwürdigkeit den betroffenen Bürgern gegenüber, alle relevanten Aspekte offen anzusprechen und die Fakten auf den Tisch zu legen. Die wahrheitswidrigen Aussagen des WiD-Geschäftsführers –

gerade im Zusammenhang des kontroversen Vorhabens auf der Florian-Geyer-Straße – sind aus meiner Sicht verantwortungslos und werfen ein fragwürdiges Licht auf das neue städtische Wohnbauunternehmen.

↳ Angela Malberg, Sprecherin Ausländerpolitik
malberg@dresden-cdu.de

Die CDU-Ratsfraktion hat für Sie immer ein offenes Ohr. Wir unterstützen Sie dabei, Ihre Anregungen, Beschwerden oder auch Ideen an der richtigen Stelle einzubringen.

Sie erreichen uns unter der Telefonnummer: (0351) 488-1012 oder per Mail: cdu-fraktion@dresden.de